



Niederschrift

Jugendhilfeausschuss
6. Februar 2019, 16:30 Uhr
öffentlich
Großer Sitzungssaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Herr Bürgermeister Lenz
Protokollführerin: Frau Klumpp

Teilnehmende: siehe Anwesenheitsliste

Entschuldigt: Herr Stadtrat Müller (CDU), Herr Stadtrat Fostiropoulos (DIE LINKE), Herr Stängle (Ev. Kirchenverwaltung), Frau Baron (Beirat für Menschen mit Behinderungen), Herr Kreis (ver.di), Herr Dr. Kahlert (StJA e.V.), Herr Melchien (StJA e.V.). Für Herrn Weinmann (Kinderschutzbund) ist Frau Gissel, für Frau Roth (StJA e.V.) ist Herr Obreiter und für Herrn Sester (Kath. Gesamtkirchengemeinde) ist Herr Bauer anwesend.

Der Vorsitzende zeigt sich beeindruckt von der Anzahl der Zuhörenden zur heutigen Sitzung und dankt für das große Interesse. Mit Einverständnis des Gremiums wird der Tagesordnungspunkt 3 vorgezogen. Er weist das Auditorium darauf hin, dass eine Beeinflussung des Gremiums durch Zwischenrufe und Beifallsbekundungen nicht erfolgen solle.

TOP 3: Anrechnung der Auszubildenden für die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung (PIA) sowie der Auszubildenden der Fachrichtung Jugend- und Heimerziehung (FJH) auf den förderfähigen Stellschlüssel
- Vorlage -

Der Vorsitzende führt ein, dass ein Bündnis aus Verbänden, Trägern, Verwaltung und Politik bereits seit Mitte der Nullerjahre den Ausbau der Kindertagesbetreuung in Karlsruhe vorangetrieben hätte. So habe sich aus einem weichen ein harter Standortfaktor entwickelt. Insbesondere die freien Träger hätten den Ausbau geschultert und zeichnen nun für 90% der Kita-Plätze in Karlsruhe verantwortlich. Dieser Ausbau habe in Konsequenz zu einer hohen Nachfrage nach Fachkräften geführt. Im Zuge dessen sei zur Minderung des Fachkräftemangels die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung eingeführt worden. Als eine der ersten Großstädte habe Karlsruhe diese neuartige Ausbildung im Erziehungsbereich umgesetzt und durch die Bezuschussung der freien Träger neue Ausbildungskapazitäten geschaffen. Von ursprünglich 200.000 Euro im Jahr 2012 sei der Haushaltsansatz auf 5 Mio. Euro gestiegen. Vor dem Hintergrund dieser Steigerung müsse grundsätzlich auch der Gedanke aufkommen, dass die freien Träger einen kleinen Anteil tragen. Dies stehe heute zur Diskussion. Selten habe er zu einem Thema so viele Briefe und Mails erhalten wie zu diesem, weshalb er zu einer „Info-Schleife“ eingeladen hätte. Er empfiehlt, den Änderungsantrag

der GRÜNEN-Mitglieder im Jugendhilfeausschuss zum Schluss in die Abstimmung miteinzubeziehen.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) lobt zunächst das große Interesse an der heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Sie teilt mit, dass ein Antrag gestellt worden sei, mit dem die Anrechnungsfreiheit der PIA-Auszubildenden auf den Stellenschlüssel beibehalten werden solle. Die Anrechnung eines möglichen Landeszuschusses auf die städtische Förderung solle aber erhalten bleiben. Insbesondere dass sich die PIA-Ausbildung gut bewährt habe, neue Zielgruppen erschlossen habe und es die einzige duale Ausbildung sei, bei der Auszubildende auf den Stellenschlüssel angerechnet würden, spreche für die Beibehaltung der bisherigen Anrechnungsfreiheit. Auch werde die Anrechnung bei anderen Städten gerade abgeschafft. Allen, die Ausbildungsarbeit leisten, spricht sie ihren Dank aus.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass die Regelungen auf Seite 7 der Richtlinie (Anlage) gestrichen, die Regelung auf Seite 8 der Richtlinie beibehalten werden solle.

Herr Stadtrat Hoyem (FDP) teilt mit, dass der Antrag der GRÜNEN ihm und der Zählgemeinschaft sowie der CDU-Fraktion unbekannt sei und beantragt deshalb für diese Gruppierungen ebenfalls die Anrechnungsfreiheit der PIA-Auszubildenden auf den Stellenschlüssel. Er begründet dies damit, dass Qualität in Einrichtungen sich vor allem durch die Relation von Mitarbeitenden zu Kindern bemesse. Fachkräfte würden auch für den weiteren Ausbau benötigt, wobei die Ausbildung der Fachkräfte von morgen heute erstmal zusätzlichen Aufwand bedeute. Das Thema der Kinderbetreuung wurde in Karlsruhe bislang immer in Einklang aller Parteien behandelt. Er spricht sich dafür aus, dass dies auch zukünftig so bleiben solle.

Herr Stadtrat Braun (KULT) erläutert, dass die Anrechnung von PIA-Auszubildenden auf den förderfähigen Stellenschlüssel den Beschluss des Gemeinderats vom letzten Jahr, in dem die Anzahl der Plätze auf 150 erhöht worden sei, konterkarieren würde. Die Gefahr bestehe, dass freie Träger keine Ausbildungsplätze in diesem Segment anbieten werden, was den Fachkräftemangel verschärfen würde. Aus diesem Grunde lehne seine Fraktion diese Vorlage ab.

Herr Köhler (Caritas) spricht sich im Namen der Liga ebenfalls für die Ablehnung der Anrechnung aus und teilt seine Hochachtung für alle Anleiter und Anleiterinnen mit.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) sieht sich von der großen Zuhörendenzahl positiv in ihrer Meinung bestärkt, den bisherigen Weg der Anrechnungsfreiheit weiter zu gehen. Es bestehe ein großes Bündnis für qualitativ gute Kitas, und die PIA-Ausbildung genieße einen hohen Stellenwert. In einer Studie der Bertelsmann-Stiftung habe Karlsruhe als beste Stadt abgeschnitten. Für ihre Fraktion teilt sie mit, dass sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch im Gemeinderat die Anrechnung der PIA-Auszubildenden auf den förderfähigen Stellenschlüssel abgelehnt werde.

Herr Stadtrat Krug (CDU) teilt auch im Namen seiner Fraktion mit, dass die Anrechnung der PIA-Auszubildenden auf den förderfähigen Stellenschlüssel der falsche Platz sei, um Geld zu sparen und lehnt dies ebenfalls ab. Die Anleitung von Auszubildenden löse Mehrarbeit aus. Auch seien die PIA-Auszubildenden durch den Wechsel von Praxis- und Theoriephasen nicht dauerhaft in den Einrichtungen.

Auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Krug (CDU)** und **Frau Stadträtin Melchien (SPD)** erläutert **der Vorsitzende**, dass das Basisjahr, welches für die Gewährung einer möglichen Landesförderung ausschlaggebend sei, 2017 sei. Damals hätten die geförderten PIA-Plätze noch bei 100 gelegen, wodurch davon ausgegangen werden kann, die Voraussetzungen zum Erhalt der Landesförderung zu erfüllen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt bei einer Gegenstimme im Übrigen einstimmig dem Gemeinderat die Änderung der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ zum 1. September 2019 gemäß der beigefügten Anlage bei Streichung des letzten Absatzes in Teil B, Ziffer 1 Alternative 1, I auf Seite 7 zu beschließen.

TOP 3 ist damit beendet.

TOP 1: Vorstellung der neuen Fachbereichsleitungen Frau König (Kindertagesbetreuung) und Herr Gleitz (Jugendhilfe und Soziale Dienste)
- mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die beiden neuen Fachbereichsleitungen Frau König (SJB) und Herrn Gleitz (SJB) und heißt sie mit einem Blumenstrauß bei der Stadt Karlsruhe herzlich willkommen.

Frau König (SJB) berichtet, dass ihr beruflicher Werdegang als Einrichtungsleitung einer Kita begann und über die Stelle einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin an der Hochschule Hannover und eines freien Trägers nun nach Karlsruhe geführt habe. Sie freue sich über die neue Aufgabe und bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen.

Herr Gleitz (SJB) teilt mit, dass er durch seine letzte Tätigkeit als Leiter der Abteilung Planung und Prävention beim Landratsamt Karlsruhe bereits einige Gesichter kenne. 20 Jahre lang habe er auf der Trägerseite in den Bereichen der ambulanten und der stationären Hilfen gearbeitet. Unter anderem habe er sich im Thema Fördermittelmanagement weitergebildet. Er verspüre große Lust auf diese neue Aufgabe und bedankt sich ebenfalls für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.

TOP 1 ist damit beendet.

TOP 2: Aufnahme neuer Kita-Projekte in die Bedarfsplanung
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Kinnunen (SJB).

Frau Kinnunen (SJB) berichtet, dass der Waldorf-Kindergarten Karlsruhe e.V. durch die Schaffung einer neuen Einrichtung in der Mannheimer Straße 68 Ganztagsplätze ausbauen werde. Mit diesem Projekt werden 20 neue Plätze für Kinder von 3 bis 6 Jahren geschaffen, sowie 10 Plätze für Kinder unter drei Jahren in einer betreuten Spielgruppe.

Der Vorsitzende betont die enorme Gemeinschaftsaufgabe des Kita-Ausbaus und hebt hervor, dass seit Prognosebericht im Jahr 2017 bereits weitere 1.000 Plätze in die Bedarfsplanung aufgenommen worden seien.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig dem Gemeinderat die Aufnahme eines neuen Kita-Projekts mit 20 Plätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt sowie einer betreuten Spielgruppe mit 10 Plätzen für Kinder unter drei Jahren in die Bedarfsplanung.

TOP 2 ist damit beendet.

**TOP 4: Aufnahme einer neuen Hortgruppe in die Hortplanung
- Vorlage -**

Nach Begrüßung durch **den Vorsitzenden** erläutert **Frau Mink (SJB)**, dass die Schulkindbetreuung eine große Rolle bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf spiele. Derzeit bestehe in Rintheim neben dem der Element-I-Schule angebotenen Schülerhort kein weiterer. Durch den nun vorgeschlagenen Ausbau solle der neue Betreuungsbedarf aufgefangen werden. Auf Nachfrage von **Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE)** teilt sie mit, dass im Technido keine Erweiterung zur Ganztagsgrundschule geplant sei. Der Bedarf an der kleinen Grundschule von Knielingen müsse noch geprüft werden, die Engpässe in der Einrichtung Eggensteiner Straße seien bewusst.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig dem Gemeinderat die Erweiterung des Schülerhorts der Kind und Beruf gGmbH im Technido um eine Nachmittagshortgruppe (20 Plätze).

TOP 4 ist damit beendet.

**TOP 5: Übernahme des Jugendtreffs in Knielingen durch den Stadtjugendausschuss e.V.
- Vorlage -**

Frau Peitzmeier (StJA e.V.) berichtet, dass seit langer Zeit bereits Kontakte zum Jugendtreff der evangelischen Kirchengemeinde in Knielingen bestünden und hohes Interesse vorhanden sei, die Arbeit dort weiterzuführen. Insbesondere vor dem Hintergrund des Wachstums des Stadtteils und der günstigen Lage der Räumlichkeiten biete sich dieser Schritt nun an.

Auf Nachfrage von **Frau Stadträtin Melchien (SPD)** und **Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE)** teilt **Herr Kloss (StJA e.V.)** mit, dass die Angebote inklusiv ausgestaltet werden sollen. Zunächst jedoch solle ein Beteiligungsprozess stattfinden, um die Bedarfe der dort lebenden Jugendlichen aufzugreifen. Die beiden Stadträtinnen bedanken sich beim StJA e.V. für das Engagement.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig dem Gemeinderat, dem Stadtjugendausschuss e.V. (stja) den Betrieb des Jugendtreffs im Stadtteil Knielingen zu übertragen.

TOP 5 ist damit beendet.

TOP 6: Inklusive Förderung von Ferienerholungsmaßnahmen - Vorlage -

Herr Nees (SJB) fasst den Inhalt der Vorlage zusammen und weist insbesondere darauf hin, dass für die Gruppe der schwerstmehrfachbehinderten Kinder weitere Gespräche stattfinden werden. Durch die Gewährung von Pauschalen könnten die Träger selbst entscheiden, wie die Mittel eingesetzt werden. Derzeit sei von Trägern für das laufende Jahr bereits die erfreuliche Zahl von 130 Plätzen gemeldet worden.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) bittet darum, die beschlossene Förderung auf ihre Wirkung hin zu untersuchen und auch über den Fortgang der Ferienbetreuung für schwerstmehrfachbehinderte Kinder zu berichten.

Auf Nachfrage von **Frau Stadträtin Moser (SPD)** und **Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU)** teilt **Herr Nees (SJB)** mit, dass auch für schwerstmehrfachbehinderte Kinder der Pauschalbetrag von 200 Euro gelte, dieser aber sicherlich für diese Gruppe nicht auskömmlich sei. Es gelte nun, die Rückmeldung der Träger über diese neue Regelung abzuwarten. Die Einführung einer Quote sehe er kritisch, da dies unter Umständen dazu führen könne, dass Angebote nicht aufrechterhalten werden können. Grundsätzlich gehe es darum, Anreize zu schaffen, damit überhaupt Plätze angeboten werden. Die Trägerlandschaft in diesem Bereich sei sehr heterogen. Zwischen den einzelnen Trägern bestünde ein guter Austausch.

Der Vorsitzende bedankt sich an dieser Stelle bei allen Ehrenamtlichen, die sich in diesem Feld engagieren.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig die zusätzliche Förderung von inklusiven Plätzen in Ferienerholungsmaßnahmen mit vier oder mehr Tagen in Höhe von 200 Euro je Platz rückwirkend zum 01.01.2019.

TOP 6 ist damit beendet.

TOP 7: Prävention in Schulen - Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Kowaschik (SJB) fasst den Inhalt der Vorlage zusammen. Insbesondere berichtet sie, dass es zunächst darum ging, einen Überblick über die unterschiedlichen Angebote zu bekommen. Die Ziele der Erarbeitung einheitlicher Standards und einer standardisierten Vorgehensweise sollten schlussendlich in den Aufbau einer Präventionskette münden. Eine stadtweite Umsetzung sei jedoch eine große Herausforderung.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht vom Arbeitskreis „Prävention in Schulen“ zur Kenntnis und befürwortet einstimmig das geplante Vorgehen.

TOP 7 ist damit beendet.

TOP 8: Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

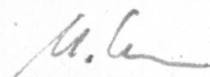
a) Änderung des Termins der Mai-Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses anstelle vom 22. Mai 2019 am 8. Mai 2019 im Bürgersaal des Rathauses am Marktplatz stattfinden wird.

Der Vorsitzende bedankt sich und schließt die öffentliche Sitzung um 18.00 Uhr. Der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses folgt eine nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

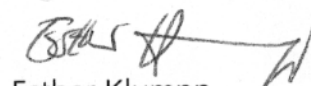
Zur Beurkundung:

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister

die Schriftführerin



Esther Klumpp